

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Tage der Aggression 29.05.2009

AUGSBURG (Eigener Bericht) - Unter aktiver Beteiligung einflussreicher Politiker und einer Organisation der äußersten Rechten feiert die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" dieses Wochenende ihren sechzigsten "Sudetendeutschen Tag". Die Massenkundgebung des "Vertriebenen"-Verbandes in Augsburg (Bayern) wird wie üblich als Protest gegen Gesetze von Verfassungsrang in zwei EU-Mitgliedstaaten angekündigt - gegen die "Beneš-Gesetze" in Tschechien und der Slowakei - und vom Bundesinnenminister per Grußwort gewürdigt. Präsenz zeigt auch der "Witikobund", der den radikal völkischen Flügel der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" repräsentiert und Kontakte zur extremen Rechten unterhält. Seine Jugendorganisation zählt einen NPD-Funktionär zu ihrem Vorstand. Die staatliche Unterstützung für das Treffen am Wochenende ist dennoch gesichert, da die Bundesregierung die Umsiedlung der Deutschen nach Kriegsende als "Unrecht" bezeichnet und dieser Ansicht mit Hilfe der "Vertriebenen"-Verbände Nachdruck zu verleihen sucht. Erst kürzlich hat der Kulturstaatsminister des Bundes aus demselben Grund die Arbeitsaufnahme des "Zentrums gegen Vertreibungen" ("Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung") verkündet. Mit der Rechtsposition, die Umsiedlung sei "Unrecht" gewesen, hält Berlin die östlichen Nachbarstaaten unter Druck.

Massenkundgebung

Mit einer Pressekonferenz und einer Kranzniederlegung eröffnet die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" am heutigen Freitag in Augsburg (Bayern) ihren sechzigsten "Sudetendeutschen Tag". Zu der Massenkundgebung, die am Sonntag nach einer Festrede des bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) zu Ende geht, werden rund 15.000 Teilnehmer erwartet. Im Zentrum steht wie seit je der Protest gegen die Beneš-Gesetze der ehemaligen Tschechoslowakei, die bis heute in deren Nachfolgestaaten, der Tschechischen Republik und der Slowakei, Verfassungsrang haben. Die Beneš-Gesetze dienten dem Wiederaufbau des tschechoslowakischen Staates nach dem Ende der deutschen Okkupation; sie regelten auch die Ausweisung der "Sudetendeutschen", weshalb die Landsmannschaft bis heute ihre Annullierung fordert. Den diesjährigen "Sudetendeutschen Tag" und seinen Protest gegen die Beneš-Gesetze wertet der Bundesinnenminister mit einem amtlichen Grußwort auf, hochrangige Politiker aus Bayern verschaffen ihm mit ihrer Präsenz große Medienaufmerksamkeit.

NPD-Funktionär

Wie in den Vorjahren nimmt auch diesmal der "Witikobund" am "Sudetendeutschen Tag" teil und kündigt eine Vortragsveranstaltung und einen Informationsstand an. Der "Witikobund" wurde 1948 von ehemaligen NSDAP- und SS-Mitgliedern gegründet; er repräsentiert den radikal völkischen Flügel der "Sudetendeutschen" und unterhält Kontakte zur extremen Rechten. Ein früherer langjähriger Vorsitzender der Organisation gehörte den "Republikanern" an, als diese die führende Partei der extremen Rechten in Deutschland waren; aktuell sind Beziehungen zur NPD belegt. So ist letztes Jahr der Vorsitzende des Regensburger NPD-Kreisverbandes Willi Wiener zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der "Witiko"-Jugendorganisation "Junge Witikonen" gewählt worden. Der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU) nahm dies im März zum Anlass, um seine Teilnahme an einer Kundgebung der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" zu verweigern: Er fordere eine offene Distanzierung vom "Witikobund", erklärte er und blieb nach deren Ausbleiben aus Protest der Veranstaltung fern.[1]

Rechtsposition

Ähnliche Schritte sind an diesem Wochenende weder von bayrischen Politikern noch vom Bundesinnenminister zu erwarten. Ursache sind außenpolitische Interessen. Die Bundesrepublik beharrt auf der Rechtsposition, dass die Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg "Unrecht" gewesen sei [2]; Kundgebungen wie der "Sudetendeutsche Tag", die diese Behauptung öffentlichkeitswirksam bekräftigen, sind daher erwünscht und werden staatlich unterstützt. Aus demselben Grund forciert Berlin seit zehn Jahren die Gründung des "Zentrums gegen Vertreibungen".[3] Der Kulturstaatsminister des Bundes hat am 13. Mai mitgeteilt, dass sich der Stiftungsrat der "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" nun konstituiert hat; unter diesem Namen wird das "Zentrum gegen

Vertreibungen", das ebenfalls die Umsiedlung zum "Unrecht" deklariert, in Berlin realisiert. Nach wie vor ungeklärt ist die Frage, ob sich aus der Behauptung, die Umsiedlung sei "Unrecht" gewesen, ein einklagbarer Rechtsanspruch auf Rückgabe oder Entschädigung ehemaligen Eigentums der Umgesiedelten ergibt; die Bundesregierung hält derlei Ansprüche bis heute nach Möglichkeit offen.[4] Unabhängig davon setzt die Thematik die östlichen Nachbarstaaten unter Druck und verschafft Berlin damit außenpolitische Vorteile, die machtbewussten Politikern einen Boykott von "Vertriebenen"-Kundgebungen aus Protest gegen die äußerste Rechte unattraktiv erscheinen lassen.

"Schlesien ist nicht in Polen"

Eine ähnliche Konstellation wie an diesem Wochenende in Augsburg steht am letzten Juniwochenende auch in Hannover (Niedersachsen) bevor. Dort findet vom 26. bis zum 28. Juni das diesjährige "Deutschlandtreffen der Schlesier" statt. Als Festredner ist der Ministerpräsident des Bundeslandes Niedersachsen, Christian Wulff (CDU), angekündigt; die katholische Messe zelebriert der Apostolische Nuntius, der Botschafter des Vatikan in Deutschland.[5] Die "Landsmannschaft Schlesien" war beim vergangenen "Schlesiertreffen" unter Druck geraten, weil Kritiker auf Verbindungen zur extremen Rechten verwiesen hatten. Ministerpräsident Wulff war trotz der Vorwürfe aufgetreten. Die Plakatslogos, die Journalisten damals vor Wulffs Rede in der Veranstaltungshalle entdeckten, lassen vermuten, dass auch diesmal die äußerste Rechte sich nicht wird fernhalten lassen: "Schlesien ist nicht in Polen - Die Wahrheit wird euch frei machen" war auf Schildern zu lesen.[6]

Extremistische Kräfte

Der Vorsitzende der "Landsmannschaft Schlesien", der beim "Deutschlandtreffen" nach Wulff sprechen wird, ist zugleich führender Aktivist der "Preußischen Treuhand" - einer Organisation, die Polen mit Prozessen auf Rückgabe früheren Eigentums von Umgesiedelten überzieht.[7] Die "Schlesische Jugend", der offizielle Jugendverband der Landsmannschaft, bietet nach Auskunft ehemaliger Mitglieder "extremistischen Kräften", die "teilweise das Grundgesetz in Frage" stellen, ein Forum.[8] Die "Schlesische Jugend" ist ebenfalls nach Hannover eingeladen. Dort wie in Augsburg zeichnet sich damit eine politische Konstellation ab, die staatliche Funktionsträger der obersten Ebene und Aktivisten der äußersten Rechten vereint - zugunsten außenpolitischer Aggressionen gegen Deutschlands östliche Nachbarstaaten.

[1] Sudetendeutsche sauer: Gedenktag ohne die Stadt; Mittelbayerische Zeitung 08.03.2009

[2] s. dazu [Revision der Geschichte](#) , [Hitler](#), [Stalin](#), [Churchill](#), [Roosevelt](#) und [Moralisch und materiell](#)

[3] s. auch [Sklavenhalter](#) und [Ein Lernort](#)

[4] s. dazu [Umfassende Ansprüche](#) , [Ausgetrickst](#) , [Heute ist es das Gleiche](#) , [Grenzfragen](#) und [Interview mit Christoph Koch](#)

[5] Informationen Deutschlandtreffen 2009; www.schlesien-lm.de

[6] Ein Auftritt in heiklem Rahmen; [die tageszeitung](#) 02.07.2007

[7] s. dazu [Fristen \(1\)](#) , ["Eigentümer an Grund und Boden"](#) und ["Geklautes Land"](#)

[8] An die Freunde und Förderer der Schlesischen Jugend Landesverband Bayern; www.schlesische-jugend-bayern.de/html/info.html

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com